

DEBATTE

HERWIG HÖSELE
über diverse Möglichkeiten,
Wahltermine zu blocken



Ein „Superwahlsonntag“?

Der Theorie nach sollten Wahlkämpfe Hochämter der Demokratie – der edle Wettstreit um die besseren Ideen und Personen – sein, in der Praxis degenerieren sie meist – wie der wahlkampfgestählte Wiener Bürgermeister Michael Häupl einmal wohl auch aus Selbstbeobachtung feststellte – zu Zeiten „fokussierter Unintelligenz“. Obwohl die Wahrheit dem Menschen zumutbar sein sollte, wird vor Wahlen versucht, unangenehme Notwendigkeiten und Reformen aufzuschieben. Und gewählt wird meistens irgendwo – daher soll das Bundesbudget 2011 mit den durch die Folgen der Wirtschafts- und Finanzmarktkrise logischerweise gebotenen – und weil immer wieder verschleppten – erwartbar ziemlich harten Sanierungs- und Strukturreformmaßnahmen erst nach dem eigentlich von der Verfassung vorgeschriebenen Termin Oktober 2010 präsentiert werden. Die herbstlichen Landtagswahlen in Wien und in der Steiermark sollen abgewartet werden – 2011 und 2012 sind zwei Jahre ohne größere Wahlgänge, erst 2013 sind wieder Nationalratswahlen und diverse Landtagswahlen zu erwarten. Diese Zeit gilt es zu nützen.

Um dem Dilemma der Dauerwahlkämpfe zu entkommen, wird immer wieder der Vorschlag ventiliert, die neun Landtagswahlen auf einen Termin – etwa in der Mitte der Legislaturperiode des Nationalrates – zu konzentrieren. Diese Idee ist gut gemeint, aber ob sie tatsächlich gut ist, ist zu hinterfragen.

In den USA gibt es eine ähnliche Form dieser Zwischenwahlen alle zwei Jahre und diese werden von Bundesthemen beherrscht – Obamas Demokraten sehen ihnen mit berechtigter Besorgnis entgegen. Eine erfolgreiche Landespolitik kann bei vereinheitlichten Halbzeitterminen für die Bundespolitik büßen müssen.

Zielführender scheint die Zusammenlegung von Nationalrats- und Landtagswahlen (eventuell auch Gemeinderatswahlen) auf einen „Superwahlsonntag“ zu sein. Der mündige Wähler könnte dann zwischen den einzelnen Ebenen differenzieren und verschiedenen Parteien seine Stimme geben. Dass dies funktionieren kann, zeigen die Ergebnisse von 2009 zugleich abgehaltenen Landtags-, Gemeinderats- und Bürgermeisterwahlen. In Kärnten lag das BZÖ mit 45,5 % bei der Landtagwahl vorn, bei den Gemeinderatswahlen

DIE THESE
Vor Wahlen wird versucht, Reformen aufzuschieben. Und gewählt wird meistens irgendwo.

war die SPÖ mit 36,7% vorne. Auch in Salzburg gab es unterschiedliche Pole-Positions: SP 39,4% im Landtag, nur 31,9% für die Gemeinden, VP umkehrt 36,5 % bzw. 44,7 %. Sogar bei den am selben Tag abgehaltenen Landtags- und Nationalratswahlen 1995 in der Steiermark schnitt die Krainer-VP mit 36,3 % gegenüber 29,7 % für die Schlüssel-VP deutlich besser ab.

Eine 4-5-jährige wahlfreie politische Arbeitsperiode, verbunden mit einem Ausbau der Bürgerpartizipation, könnte ein konstruktiverer Ansatz sein.

Herwig Hösele war Präsident des Bundesrates (ÖVP)

AUFREGER DES TAGES

Die Kuh wird zu Tode gemolken

Eine höhere Mindestsicherung kann sich die Gesellschaft nicht leisten, meinen Leser.

„SP beharrt auf höhere Mindestsicherung“, 23. 2.

Wenn die steirische SPÖ die Mindestsicherung 14 Mal jährlich gewähren will, dann wird sie zuvor die Frage beantworten müssen, wer das zahlt? Es gilt das Sprichwort, dass man jede Kuh auch zu Tode melken kann. Die Kuh, um die es geht, ist die Gemeinschaft der aktiven Dienstnehmer und Unternehmer. Die Steiermark läuft Gefahr, wirtschaftlich mit Griechenland gleichzuziehen, wenn Geld ausgegeben wird, das es nicht gibt.

Martin Moser, Murau

zum Himmel. Wenn andere zahlen, ist er großzügig, wenn die SPÖ selbst zahlen soll (z. B. Steuern aus dem Stiftungsvermögen), ist sein Name Hase. Wie lange glauben Sie, Herr Landeshauptmann, dass die denkenden und arbeitenden Steirer sich das gefallen lassen werden?

Dominik Dobaj, Leoben

Demotivierend

Die Pläne der SPÖ Steiermark, die Mindestsicherung in der Steiermark gleich 14 Mal auszuzahlen, sind abzulehnen. Was muss sich jemand denken, der 30 oder 40 Stunden putzen geht oder als Verkäuferin arbeitet, wenn er nach einem Monat Arbeit weniger Geld bekommt, als jemand, der keine Arbeit hat oder nicht arbeiten will. Bei allem Verständnis für Arbeitslose: Wir wissen, dass ein hoher Prozentsatz der Sozialhilfeempfänger auch Arbeitsunwillige und Asoziale sind. Kein Wunder, dass immer mehr Menschen zu H. C. Strache abwandern. Was LH Voves plant, ist demotivierend und pädagogisch falsch.

Josef Mayrhofer, Fürstenfeld

Soziale Herrlichkeit

Mit der vierzehnmaligen Auszahlung der Mindestsicherung (744 Euro mal 14) ist das Maß an sozialer Herrlichkeit nun endlich voll. Dazu kommen Wohnbeihilfe, Heizkostenzuschuss, Gratiskindergärten und ich weiß nicht was für Segnungen. Was bekommen Familien, die arbeiten? Wir dürfen zahlen.

Diese Auffassung von Gerechtigkeit von Franz Voves stinkt

LIEBE IST ...



... wenn er zum ersten Mal „Mama“ und „Papa“ sagt!

© TMS/DISTR. BULLS

Ausbeutung

Ich habe endgültig die Nase voll von einer Politik, die rechtschaffene Arbeitnehmer und Pensionisten nur noch ausbeutet. Die PVA hat mir mitgeteilt, dass die Zusatzpension nunmehr zur ASVG-Pension dazugerechnet und gemeinsam versteuert wird. Das heißt für mich, und für viele andere, von den Zusatzpensionen bleiben gerade mal 56%. 44%, also fast die Hälfte, holt sich der Staat. Das ist Diebstahl!

Josef Krugleitner, Rudersdorf